

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Der Minderheitenbeauftragte

Vorsitzender des Europa-Ausschusses
beim Schleswig-Holsteinischen Landtag
Herrn Wolfgang Baasch, MdL
Landeshaus
Postfach 7121
24171 Kiel

20. September 2018

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

das DialogForumNorden (DFN) ist ein Zusammenschluss der vier nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und in Nordschleswig/ der Region Syddanmark sowie mit Minderheitenthemen befassten Institutionen, Organisationen, Politikerinnen und Politiker südlich und nördlich der deutsch-dänischen Grenze.

In seiner jüngsten Sitzung am 17. September 2018 hat sich das DFN intensiv mit der zukünftigen EU-INTERREG-Förderung ab 2020 befasst.

Als Vorsitzender des Gremiums sende ich Ihnen anbei die einstimmig beschlossene Resolution mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Callsen

Der Beauftragte des Ministerpräsidenten
in Angelegenheiten nationaler Minderheiten und Volksgruppen,
Grenzlandarbeit und Niederdeutsch

Johannes Callsen
Vorsitzender des DialogForumNorden
Beauftragter des Ministerpräsidenten
in Angelegenheiten nationaler
Minderheiten und Volksgruppen,
Grenzlandarbeit und Niederdeutsch

DialogForumNorden

Minderheiten & Minderheitenpolitik

Sitz: Europäische Akademie
Schleswig-Holstein, Sankelmark

Akademieweg 6, 24988 Oeversee
Tel: + 49 (0) 4630 55 0
Fax: + 49 (0) 4630 55 199
E-Mail: c.pletzing@eash.de

Resolution des DialogForumNorden: EU-INTERREG-Förderung auch nach 2020 auf hohem Niveau sichern

Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit durch die Europäische Union im Rahmen des INTERREG-Programms hat für die deutsch-dänische Grenzregion eine ausgesprochen große Bedeutung. Allein in der Förderperiode 2014-2020 wurden mit einem Gesamtvolumen von 90 Mio. Euro zahlreiche strategische und kooperative Projekte in den Bereichen Innovation, nachhaltige Entwicklung, Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Ausbildung sowie funktioneller Zusammenarbeit auf den Weg gebracht, mit denen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und dem Königreich Dänemark gestärkt wurde.

Vor diesem Hintergrund verfolgt das DialogForumNorden (DFN) die in der Europäischen Union geführte Diskussion über eine mögliche Einstellung oder Reduzierung der INTERREG-Förderung mit großer Sorge. Das DialogForumNorden appelliert an die Europäische Kommission, die INTERREG-Förderung für die deutsch-dänische Grenzregion ab 2020 auf mindestens gleichem Niveau wie bisher fortzuführen und damit eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu sichern – dies gerade in einer Region europaweit vorbildlicher Minderheitenpolitik mit den nationalen Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze als engagierte „Brückenbauer“ über die Grenze hinweg.

Angesichts der im Jahre 2020 anstehenden Feierlichkeiten zum 100jährigen Jubiläum der friedlichen Grenzziehung zwischen Deutschland und Dänemark nach der Volksabstimmung 1920 wäre eine Reduzierung der EU-INTERREG-Förderung in Schleswig-Holstein und Dänemark kaum verständlich.

Das Jahr 2020 wird hier auch als Auftrag verstanden, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen beiderseits der Grenze in der Zukunft weiter zu intensivieren, auch mit Blick auf die Einbeziehung der jeweiligen Minderheiten. Diese Ausrichtung auf die Zukunft würde mit einer Reduzierung der INTERREG-Förderung erheblich erschwert. Das DialogForumNorden fordert von der EU-Kommission daher eine Fortsetzung der INTERREG-Förderung in der deutsch-dänischen Grenzregion auf mindestens gleich hohem Niveau und dabei die gesamte Region in der Förderkulisse zu belassen.

Es ist entscheidend, dass die INTERREG-Zusammenarbeit auch künftig in einem geographisch angemessenen Raum stattfinden kann und die maritimen Grenzregionen – ohne eine feste Verbindung – nicht von der fruchtbaren, intensiven und langjährigen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ausgeschlossen werden.

Im DialogForumNorden (DFN) haben sich die vier nationalen Minderheiten und Volksgruppen in Schleswig-Holstein und in Nordschleswig /Region Syddanmark sowie mit Minderheitenthemen befasste Institutionen, Organisationen, Politikerinnen und Politiker zusammengeschlossen, um sich gegenseitig zu informieren und bei Bedarf gemeinsam Position zu beziehen, soweit Minderheitenangelegenheiten berührt sind.

Flensburg, den 17. September 2018